V-71 Strukturen für GRÜNE Erfolge im ganzen Land schaffen

Antragsteller*in:	Nadine Mai (KV Pinneberg)
Tagesordnungspunkt:	V Verschiedenes
Status:	Zurückgezogen

Antragstext

Bereits der Name unserer Partei Bündnis 90/Die Grünen steht für zwei wichtige Grundsätze: Eine starke Ausrichtung auf Zusammenarbeit und Solidarität sowie das Bekenntnis zu unserem geeinten Deutschland. Wir haben uns zur Aufgabe gemacht, trotz großer Unterschiede zwischen urbanen und ländlichen Räumen gleichwertige Lebensverhältnisse zu schaffen, oder wie es die Bundestagsfraktion formuliert: „Wir wollen die zunehmende Kluft zwischen Stadt und Land überwinden und die strukturellen Unterschiede zwischen den Regionen abbauen." Diesen Satz wollen wir mit Leben füllen.

Strukturell und konzeptionell verteilt sich unsere Partei heute jedoch sehr unterschiedlich. Sie hat teils sehr starke Regionen und Wahlergebnisse, viele Neueintritte in wirtschaftsstarken Regionen und großen Städten. Oft stehen auf großen Flächen im ländlichen Raum aber auch viele Einzelkämpfer*innen für unsere Partei ein. Besonders nach den letzten Kommunalwahlen und den Landtagswahlen in den neuen Bundesländern mit einem teils dramatischen Rückgang der bündnisgrünen Wahlergebnisse müssen wir uns als Gesamtpartei der Frage stellen, wie wir in den kommenden Jahren an einer Verbesserung unserer Präsenz überall im Land arbeiten. Als solidarische und kämpferische Partei, die wir sind, müssen wir uns unterhaken und auch anerkennen, dass der Wahlkampf, die Präsenz und Kommunikation unserer Politik in den ländlicheren Regionen und besonders in den neuen Bundesländen mit den bisherigen Mitteln allein nicht erfolgreich zu führen ist: Im Gegenteil. Gerade außerhalb von Wahlkämpfen erfordert es mehr strukturelle und finanzielle Anstrengungen. Denn nur durch einen nachhaltigen Aufbau von Netzwerken, Knowhow und örtlicher Verankerung der Parteistrukturen schöpfen Menschen Vertrauen in unsere Arbeit. Den Mitgliedern, die hier unter teils prekären Bedingungen und in einem aufgeheizten Diskussionsklima für unsere Politik einstehen, müssen wir verlässlich und kräftig unter die Arme greifen.

Wir sind überzeugt: Jetzt, vor der Bundestagswahl, ist das so wichtig wie nie. Auch haben sich unsere Ressourcen positiv entwickelt. Jahr für Jahr erreichen wir einen neuen Mitgliederrekord. Nun brauchen wir als Gesamtpartei den Willen, dieses Wachstum in eine gute und gleichmäßige Arbeit aller Parteiorgane zu überführen. Dafür braucht es einen neuen Aufbruch und das Bekenntnis der ganzen Partei, die organisatorische, finanzielle und personelle Situation der kleineren Kreisverbände zu unterstützen. Anstatt einer Basisfinanzierung, die an Mitgliederzahlen orientiert ist, müssen wir hin zu einer Finanzierung, die die konkreten Herausforderungen berücksichtigt und bessere Chancen für den politischen Dialog vor Ort ermöglicht.

Es ist allen bekannt, dass eine wirksame und nachhaltige politische Arbeit nur über die Einführung und Schaffung von mehr hauptamtlichen Stellen möglich ist, die die Kreisverbände unterstützen oder noch besser, direkt vor Ort angesiedelt werden. Die Sichtbarkeit für GRÜN muss auch in ländlichen Räumen möglichst

permanent gewährleistet sein. Zusätzlich braucht es konsequente Zusammenarbeit für eine Professionalisierung und die Übernahme von Aufgaben: Bei Buchhaltung, Website, Materialorganisation und -verbreitung usw., damit sich die Kreisgeschäftsstellen auf die Kommunikation mit den Wähler*innen und den Mitgliedern konzentrieren können. Diese Arbeit muss durch gute Bezahlung und langfristige Absicherung zudem stärker wertgeschätzt werden. Gerade die kleineren Landes- und Kreisverbände stehen meist vor größeren Herausforderungen und sollten daher nicht für immer auf Sondertöpfe und Solifonds angewiesen sein. Daher müssen wir in gemeinsamer Verantwortung im ganzen Bundesgebiet eine sichere Basis für unsere politische Arbeit vor Ort stellen.

Wir beantragen daher die folgenden Maßnahmen:

1. Im Haushalt 2025 soll kurzfristig ein Sonderbudget u.a. für den Bundestagswahlkampf sowie eine deutliche Erhöhung des Strukturfonds eingerichtet werden, damit die Landesverbände der strukturschwachen Bundesländer strukturelle Nachteile in ihren Geschäftsstellen und besonders in den Kreisverbänden durch mehr Personalkapazitäten, Materialkostenübernahme und Organisationshilfe ausgleichen können.

2. Es werden zusätzlich feste organisatorische Mitarbeitende für die Vorbereitung, Organisation und Kommunikation von Veranstaltungsformaten und Wahlwerbung für die entsprechenden strukturschwachen Landesverbände in der Bundesgeschäftsstelle eingeplant.

3. Der Bundesvorstand, die organisatorische Geschäftsführung und der Bundesfinanzrat werden gebeten, bis zur nächsten Bundesdelegiertenversammlung einen Vorschlag zu einer neuen solidarischen Finanzierung der Partei Bündnis 90/Die Grünen zu unterbreiten, die nicht nur an Mitgliederzahlen gekoppelt ist, sondern weitere Merkmale einbezieht und Strukturnachteile besser ausgleicht: Diese Kriterien könnten u.a. die Flächengröße der Kreise, die Fraktionsgröße in Kommunen und Landtag, Kommunikationsaufwand (u.a. bei hoher AFD-Präsenz vor Ort). Ziel ist mindestens eine hauptamtliche Personalressource in jedem Kreisverband.

Begründung

Viele Mitglieder sind im Jahr 2024 eingetreten, um aktiv den Kampf gegen Rechts und für Demokratie und Freiheit zu unterstützen. Sie möchten, dass wir uns mit ganzer Kraft gegen das Erstarken von rechtsnationalistischen und populistischen Parteien wenden. Und das passiert vor allem in den neuen Bundesländern und im ländlichen Raum. Viele haben sich in diesem Jahr schon selbst engagiert, haben besonders die Ostverbände im Wahlkampf durch Wahlkampfurlaub und Spenden unterstützt. Diesen Kampfgeist sollten wir auch in einer solidarischen Finanzierung und Strukturierung der Partei abbilden. Durch die Wahlergebnisse der letzten Kommunal- und Landtagswahlen haben viele Kreisverbände Ressourcen verloren. Um die Herausforderungen der Bundestagswahl und einer weiteren politischen Basisarbeit vor Ort angehen zu können, braucht es jetzt kräftige Unterstützung für unsere Freund*innen: Denn positive Zukunftserzählungen brauchen Menschen vor Ort, die sie leben und für die eigene Region übersetzen. Gerade der ländliche Raum hat enorme Chancen für Innovationen sowie klimafreundliches und bezahlbares Leben. Mit einem Schub für Digitalisierung, der Leben und Arbeiten auf dem Land ermöglicht. Einer Energiewende, die vor Ort gestaltet werden kann und sich im eigenen Portemonnaie bemerkbar macht und Möglichkeiten für regionale Wertschöpfung bietet. Nur mit dem ländlichen Raum und einem Bekenntnis zum Zusammenhalt zw. Stadt und Land können wir ein klimaneutrales, gerechtes Deutschland erreichen. Unsere Parteiorgane stehen in der Verantwortung, dies überall im Land zu verdeutlichen und einen Dialog darüber zu ermöglichen. Dafür braucht es Ressourcen und Mittel.

Wir bitten herzliche um Eure Zustimmung!

Nadine Mai (KV Pinneberg), Matthias Kaiser (KV Gotha), Lydia Ramm (KV Leipzig Land), Pia Willmy (KA Saalekreis), Nele Bär (KV Wartburgkreis)Felix Kalbe (KV Gotha), Madlen Ehrlich (KV Berlin-Mitte), Kathleen Lützkendorf (KV Jena), Sebastian Striegel (KV Saalekreis)

weitere Antragsteller*innen

Tom Gürtler (KV Gotha); Matthias Kaiser (KV Gotha); Gerrit Dreier (KV Gotha); Pia Tischer (KV Gotha); Nele Marie Bär (KV Wartburgkreis/Stadt Eisenach); Christian Iltner (KV Hamburg-Mitte); Ocean Renner (KV Nordfriesland); Gabriele Piachnow-Schmidt (KV Steinburg); Arnd Hemken (KV Pinneberg); Sören Lerke (KV Pinneberg); Klaudia Schumann (KV Schleswig-Flensburg); Carina Hennecke (KV Rendsburg-Eckernförde); Michael Jahn (KV Esslingen); Erika von Kalben (KV Pinneberg); Katrin Stange (KV Pinneberg); Marcel Beutel (KV Ostholstein); Dietrich Herrmann (KV Dresden); Sandra Leiendecker (KV Rendsburg-Eckernförde); Carlos Manuel da Silva Costa Salgado (KV Wartburgkreis/Stadt Eisenach); sowie 31 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.